



Freiheitstrychler markieren Präsenz an der Informationsveranstaltung in Wolfisberg. Foto: Marcel Bieri

Bürgergruppe kritisiert Bühne für extreme Positionen

Historiker ordnet ein Eine geplante Asylunterkunft versetzt Niederbipp in Aufruhr. Ein Blick in die Geschichte zeigt, warum das Thema solche Emotionen auslöst.

Stephanie Jungo

Freiheitstrychler flankieren den Weg zur Turnhalle, sie machen Lärm im Räberhus. Wer an den Informationsveranstaltungen zur geplanten Asylunterkunft in Wolfisberg teilnehmen wollte, kam um die Männer und Frauen mit Hirtenhemd und Trycheln nicht herum.

Vor dem Räberhus in Niederbipp präsentierte auch die Junge Tat, eine Gruppe, die dem rechts-extremen Spektrum zuzurechnen ist, ein Banner. Im Dorf hingen Plakate gegen die Asylunterkunft, viele Fahnen standen auf halbmast. Während ein Teil der Bevölkerung den Trychlern applaudierte, folgt nun eine Gegenrede. Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern verfasste einen offenen Brief, worin sie die Vorgänge kritisiert.

Kritik an fehlender Abgrenzung

Mit dem offenen Brief will die «Bürger:innengruppe» aus Niederbipp zeigen, dass es im Dorf auch Menschen mit einer welt-offenen Haltung gebe. Aufgrund der aufgeheizten Stimmung hätten sich diese aber kaum getraut, ihre Stimme zu erheben.

Beleidigende Wortmeldungen hätten die Informationsveranstaltungen dominiert, nicht nur gegenüber Migrantinnen und Migranten, sondern auch gegenüber den anwesenden Vertretern des Kantons, so die Kritik im Brief. Ebenso sei Freiheitstrychler und der Jungen Tat eine Bühne geboten worden – und damit rechtspopulistischem Gedankengut.

Die Unterzeichnenden des Briefes kritisieren, dass sich Behörden nicht von radikalen Gruppen und beleidigenden Wortmeldungen distanzieren hätten. Auch das Interview der Gemeindepräsidentin bei «Hoch2» kritisieren sie – es handelt sich dabei um einen Onlinekanal, der auch Verschwörungserzählungen eine Plattform bietet.

Sie würden die Ängste und die Vorbehalte gegenüber der Asylunterkunft in der Bevölkerung verstehen. Sie wünschten sich aber auch vom Gemeinderat eine sachlichere Vorgehensweise und Bemühungen, die Wogen zu glätten.

Regierungsstatthalteramt weist Vorwürfe zurück

Sie sei überrascht über den Brief, sagt Gemeindepräsidentin Sibylle Schönmann. Sie hätte es begrüsst, wenn die Absender zuerst das persönliche Gespräch gesucht hätten. Der Gemeinderat werde den Brief an seiner nächsten Sitzung besprechen, die Verfasser eine Antwort erhalten. Es sei schade, dass die Kritikerinnen und Kritiker an der Informationsveranstaltung nichts gesagt hätten. «Ich bin überzeugt, es wäre für alle möglich gewesen, ihre Meinung zu äussern.»

Auch störe es sie, dass es zuletzt nur noch um die Freiheitstrychler und die Rechtsextremen gegangen sei. «Man redet nicht mehr über die Sorgen und Ängste der Bevölkerung.» Die Stimmung im Dorf sei immer noch schlecht. «Ich bekomme jeden Tag viele Mails und Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern», erzählt Sibylle Schönmann. Gleich-

«Man redet nicht mehr über die Sorgen und Ängste der Bevölkerung.»

Sibylle Schönmann
Gemeindepräsidentin
Niederbipp

zeitig gibt sie sich kämpferisch: «Wir werden nicht aufhören, uns gegen die Asylunterkunft zu wehren.»

Aktuell sammeln der Gemeinderat und die beiden Niederbipper Grossräte Beat Bösigger und Peter Haudenschild Unterschriften für eine Kollektivunterkunft, zudem habe der Kanton viel zu spät informiert. Um diese Botschaft zu verbreiten, nutze sie jede mögliche Plattform. «Ich habe alle Medien sachlich informiert.»

Ihr Auftrag sei es, die Bevölkerung zu unterstützen, sagt Schönmann. Es sei schlicht der falsche Ort für eine Kollektivunterkunft, zudem habe der Kanton viel zu spät informiert. Um diese Botschaft zu verbreiten, nutze sie jede mögliche Plattform. «Ich habe alle Medien sachlich informiert.»

Auch sonst verteidigt sie das Vorgehen des Gemeinderates. «Wir leben in einer Demokratie und haben Meinungs- und Versammlungsfreiheit.» Sie weist darauf hin, dass die Informationsveranstaltung vom Kanton organisiert und vom Regierungs-

statthalter moderiert wurde. Sie selbst sei lediglich Gast auf dem Podium gewesen.

Regierungsstatthalter Stefan Costa weilt in den Ferien. Das Regierungsstatthalteramt Oberrauraum nahm deshalb schriftlich Stellung zum offenen Brief – und wies Vorwürfe von sich. Die Verhaltensregeln seien kommuniziert worden. Eine Wegweisung durch die Behörden wäre nur möglich gewesen, wenn sich Personen störend verhalten hätten. Ein solches Verhalten sei aber nicht vorgelegen, und die Fragen und Meinungsäusserungen hätten kanalisiert werden können.

Die verschobenen Grenzen

Die Wogen gehen hoch. Wie so oft, wenn es um das Thema Asyl geht. Eine Erklärung dafür hat Damir Skenderovic. Er ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg und forscht zu rechten Bewegungen. Er verweist auf eine lange Tradition in der Bewirtschaftung des Themas Asyl. «Prägend für den Diskurs ist die SVP, die seit den Neunzigerjahren die anderen Parteien vor sich her treibt.»

Das Thema werde so immer wieder aus derselben Perspektive betrachtet. Die bestimmenden Motive: Kosten und angebliche Gefahren für die eigene Identität und Sicherheit. «Es hat sich ein Bild in den Köpfen festgesetzt, wonach Asyl und Geflüchtete etwas Bedrohliches darstellen.»

Die SVP schafft es, mit rechtspopulistischen Positionen bis weit in die gesellschaftliche Mitte zu verfangen. Das habe auch mit einem spezifischen Umgang

mit Rechtspopulismus in der Schweiz zu tun. In anderen Ländern hätte lange Zeit ein sogenannter «cordon sanitaire» gegolten – ein Konsens, wonach demokratische Parteien nicht mit rechtspopulistischen Parteien zusammenarbeiten würden. In den letzten zwanzig Jahren sei dieser Konsens zwar auch in anderen Ländern erodiert, in der Schweiz sind Rechtspopulisten mit der SVP jedoch längst Teil der Regierung.

In diesem Klima treten auch immer wieder kleinere Gruppierungen mit ähnlichen Forderungen wie die SVP in Erscheinung – so wie aktuell die Freiheitstrychler oder die rechtsextreme Junge Tat. «Die Abgrenzung zu solchen Bewegungen wird zu wenig gemacht», sagt Skenderovic. Das führe zu einer Legitimation dieser Positionen.

«Dabei offenbart sich auch ein Herunterspielen des Rechtsextremismus.» Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sei für die Schweiz nach 1945 nie die antifaschistische Positionierung im Mittelpunkt gestanden. Dementsprechend pflege die Schweiz einen anderen Umgang mit Rechtsextremismus, den sie nicht als Teil ihrer Geschichte begreife.

Eine rechtsextreme Gruppierung, rechtspopulistische Parolen: Sie werden heute zumindest geduldet. Dies mit dem Argument der Meinungsfreiheit, die besonders rechte Kreise in Gefahr sehen – obwohl die Grenzen in den Bereichen Rassismus und Sexismus in den letzten Jahren konstant überschritten worden seien.

Polizei fasst Dieb und Temposünder nach 47 Delikten

Wynau Die Berner Kantonspolizei hat einen 40-jährigen Schweizer gefasst, der insgesamt 47 Delikte in sieben Kantonen begangen haben soll. 45 Mal soll er zu schnell unterwegs gewesen sein, zweimal soll er Benzin gestohlen haben. Die Ermittlungen begannen im September 2018. Damals wurde ein Quad mit einem gestohlenen Kontrollschild in Wynau mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit erfasst. In den Folgejahren wurden in Wynau dasselbe Quad und vier verschiedene Motorräder mit anderen gestohlenen Kontrollschildern geblitzt – insgesamt zwölfmal. Die Ermittler kamen zum Schluss, dass es sich stets um denselben Fahrer handelte. Im Zuge von Ermittlungen zu einem Benzindiebstahl im Kanton Zürich wurde ein Zusammenhang zu den Tempo-Delikten sowie zu weiteren Vergehen in fünf Kantonen festgestellt. Die Kantonspolizei Zürich konnte den Mann identifizieren. Er wurde im April 2023 im Kanton Aargau angehalten. (SDA)

Regierung will ein Jugendparlament

Kanton Bern Der Kanton Bern soll ein offizielles Jugendparlament erhalten. Der Regierungsrat empfiehlt eine Motion des Grünliberalen Casimir von Arx zur Annahme. Jugendparlamente leisteten einen wichtigen Beitrag für die Bildung und Partizipation von jungen Menschen, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort. Seit 2016 gebe es den Verein Jugendparlament Kanton Bern, der vom Kanton unterstützt werde, aber nicht offiziell anerkannt sei. Im Vordergrund stünden eine finanzielle Unterstützung sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten. (SDA)

Moralisch saubere Darlehen als Ziel

Stadt Bern Nach den umstrittenen Fifa-Krediten in Millionenhöhe sieht sich der Gemeinderat der Stadt Bern veranlasst, die «ethisch-moralische Verantwortung der Stadt» bei der Aufnahme von Darlehen schriftlich in seinen Richtlinien festzuhalten. Das schreibt die Stadtregierung in ihrer Antwort auf eine Motion von fünf Stadtratsfraktionen. FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP, GFL/EVP und GB/JA verlangen Governance-Regeln für die Aufnahme von kurz- und langfristigen Krediten. Rund die Hälfte aller Stadtratsmitglieder hat die Richtlinienmotion unterzeichnet. (SDA)

Neue Beleuchtung für Grosse Schanze

Stadt Bern Der Gemeinderat legt dem Stadtrat für die Erneuerung der Beleuchtung auf der Grosse Schanze einen Gesamtkredit von rund 6,3 Millionen Franken vor. Der Baustart ist im Herbst/Winter 2024/25 vorgesehen. Die Grosse Schanze ist eine der meistgenutzten Parkanlagen der Stadt Bern. Die bestehende Beleuchtung sei jedoch veraltet, teilte der Gemeinderat am Montag mit. Die Anlage soll künftig gleichmässiger beleuchtet werden. (SDA)